

„Gesamtstaatliche Bildungsoffensive wäre notwendig“

Die schwarz-rote Koalition streitet über alles mögliche, nur nicht über Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wann wird die Opposition sie zur Zukunftsdebatte über Bildung, Wissenschaft und Forschung zwingen?

An dieser Stelle ist immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Zukunft des Standorts Deutschland vor allem als Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsstandort zu erkennen. In einer Zeit, in der eine gesamtstaatliche Bildungsoffensive notwendig wäre, wurden die Zuständigkeiten des Bundes in der sogenannten Föderalismusreform eingeschränkt - das Gegenteil wäre notwendig gewesen. Plötzlich - so als hätte sich der Himmel geöffnet und der Baum der Erkenntnis sei sichtbar geworden - wird ein Mangel an qualifizierten technischen Fachkräften, vor allem



GASTBEITRAG

VON
HANS-DIETRICH
GENSCHER

Hans-Dietrich Genscher wurde am 21. März 1927 in Reideburg (heute Teil von Halle) geboren. 1952 siedelte er in den Westen über. Von 1969 bis 1974 war er Innenminister und von 1974 bis 1992 Außenminister. Von 1974 bis 1985 war er FDP-Chef.

Ingenieuren festgestellt. Wo war die sogenannte, in der Verfassung nicht vorgesehene, Kultusministerkonferenz der Länder? Was hat sie getan, diesen Mangel rechtzeitig zu erkennen und ihm abzuhelfen? Jetzt wird eine Diskussion darüber geführt, ob und wenn ja, wie viel und unter wel-

chen Voraussetzungen qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt werden sollen. Was für die Eröffnung besserer Bildungschancen für unsere Jugend geschehen muss, scheint nicht so sehr zu interessieren.

Nur mit Verwunderung kann man die Diskussion über die Verwendung der Steuermehreinnahmen beobachten. Da sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Dabei gibt es für die Zukunft unseres Landes nur eine wirkliche Priorität: das ist die drastische Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Unsere Kinder können es schon, man muss ihnen nur Tore für die Zukunft öffnen - darauf kommt es jetzt an. Für die neuen Bundesländer wäre der politische Schwerpunkt Bildung, Wissenschaft und Forschung die ideale Möglichkeit, die Attraktivität für junge Menschen

zu erhöhen, damit sie bleiben und damit andere qualifizierte kommen. Clusterbildung darf nicht nur ökonomisch verstanden werden, sie muss gerade Schwerpunkte im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung setzen. Das kostet Geld, aber dieses Geld wird sinnvoll ausgegeben.

Fällt den Verantwortlichen nicht auf, dass die mit Bestnoten bewerteten Universitäten in den Regionen liegen, in denen auch die Einkommen am höchsten sind? Der Bundespräsident hat mit seiner Rede auf dem Bauerntag mit der Devise: Zukunftsförderung statt Vergangenheitserhaltungspolitik den richtigen Schwerpunkt gesetzt. Es ist zu hoffen, dass die öffentliche Meinung - und übrigens auch die veröffentlichte - dieser Schwerpunktsetzung endlich die gebührende Beachtung schenken.

Genscher, H.-D.: Gesamtstaatliche Bildungsoffensive wäre notwendig. In: Mitteldeutsche Zeitung Halle/Saalekreis, 18. Jahrgang Nr. 151, S 4.